



Auszug aus dem Plenarprotokoll Deutscher Bundestag

Bundestagsrede von Elke Ferner (SPD) am 19. März 2010 anl. der 2./3. Lesung des Bundeshaushaltes für Gesundheit

Elke Ferner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Reden der schwarz-gelben Koalition anhört,

(Jens Spahn (CDU/CSU): Christlich-liberal! -Thomas Silberhorn (CDU/CSU): Der Mitte!)

dann kann man wirklich nur sagen: Die schwarz-gelben Chaostage gehen weiter. Ich hätte mir gewünscht, dass die Kollegen von der **CSU** einmal klar und deutlich sagen, ob sie denken, dass der bayerische Gesundheitsminister und der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende recht haben, und ob sie deren Haltung unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir fragen uns auch, ob sie die Kosten, die sich durch die demografische Entwicklung und den medizinischen Fortschritt ergeben, künftig allein und unsolidarisch - es ist unsolidarisch, den Arbeitgeberbeitrag einzufrieren - auf die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung verlagern wollen; so wollen es die schwarz-gelbe Koalition und insbesondere Herr Rösler. Eine Antwort darauf habe ich heute Morgen noch nicht gehört.

(Beifall bei der SPD - Ulrike Flach (FDP): Das ist eine reine Verzerrung!)

Man muss sich einmal anschauen, was in den letzten Tagen so hin- und hergeworfen wurde: So bezeichnet zum Beispiel der eine den anderen als Quartalsspinner. Herr Söder sagt: Er ist gegen eine Kopfprämie, egal ob groß oder klein.

(Ulrike Flach (FDP): Die sind alle nicht im Bundestag!)

Frau Merkel sagte am Mittwoch in Ihrer Rede: Das Wichtigste in der Gesundheitspolitik ist, dass die Arbeitgeberbeiträge festgeschrieben werden.

(Jens Spahn (CDU/CSU): Aber Sie haben es doch gemacht!)

Da frage ich mich, in welchem Land wir eigentlich leben. Das Wichtigste in der Gesundheitspolitik ist, auch künftig sicherzustellen, dass alle Menschen, unabhängig



von ihrem Einkommen und unabhängig von ihrer Krankenversicherung, eine medizinisch hochwertige Versorgung bekommen, und zwar dann, wenn sie sie brauchen, und nicht nur dann, wenn sie das Geld dafür haben.

(Beifall bei der SPD)

Wer den **Arbeitgeberbeitrag** festschreiben will, muss den Menschen klar und deutlich sagen, wie der Rest bezahlt werden soll.

(Christian Lange (Backnang) (SPD): So ist es!)

Aber das tun Sie nicht. Sie faseln hier davon, wenn das über Steuern finanziert werde mit einem Sozialausgleich - der weder finanzierbar noch organisierbar ist -, sei das alles viel gerechter. Herr Spahn, welche Steuern wollen Sie denn erhöhen? Sie haben eben gesagt, künftig sollen auch Zinseinkünfte, Kapitaleinkünfte zur Finanzierung herangezogen werden. Welche Steuer wollen Sie ganz konkret erhöhen?

(Christian Lange (Backnang) (SPD), an den Abg. Jens Spahn (CDU/CSU) gewandt: Ja, sagen Sie das mal!)

Wenn Sie keine Steuer erhöhen wollen, heißt das, es gibt keinen Sozialausgleich, zumindest keinen ausreichenden, und das wiederum bedeutet, dass die Menschen höhere Krankenversicherungsbeiträge zahlen müssen, und zwar die GKV-Mitglieder allein. Das ist der Ausstieg aus einem bewährten, solidarisch finanzierten System.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man vielleicht als kleine Fraktion wie die FDP wollen; aber eine große Fraktion wie die CDU/CSU ist wirklich schlecht beraten, einen solchen Weg zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lotter von der FDP-Fraktion?

Elke Ferner (SPD):

Aber sehr gerne.

Dr. Erwin Lotter (FDP):

Frau Kollegin Ferner, die strikte Bindung der Gesundheitskosten an die Arbeitskosten hat, weil man die Arbeitskosten nicht ausufern lassen wollte, zu einem Budgetie-



rungsdruck geführt, der schon nah an der Rationierung war. Stimmen Sie mir zu, dass, wenn die Arbeitgeberkosten festgeschrieben werden, ein enormer Druck aus diesem System herausgenommen wird

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! Ausgerechnet bei den Versicherten! Da ist viel Geld zu holen! So denkt ihr!)

und die am Gesundheitswesen Beteiligten dann in der Lage sind, das für ihre Patienten zu tun und zu verordnen, was notwendig und angezeigt ist?

(Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie war das mit Netto vom Brutto?)

Elke Ferner (SPD):

Ich bedanke mich sehr für diese Frage. Sie zeigt nämlich wirklich, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie den Arbeitgeberbeitrag festschreiben, erreichen Sie zunächst einmal eines: dass ein wichtiger Player in dem ganzen Finanzierungssystem künftig überhaupt kein Interesse mehr daran hat, auf die Ausgabenseite zu achten.

(Ulrike Flach (FDP): Aber das ist doch Ihr Gesetz! Das ist doch Schizophrenie! -
Christine Aschenberg-Dugnus (FDP): Das haben Sie doch selbst so gemacht!)

Wenn Sie sagen, das führe dazu, dass mehr verschrieben wird - in Klammern: das kostet dann auch mehr - und dass das dann bezahlt werden kann, frage ich Sie: Von wem soll das denn bezahlt werden? Von den Versicherten oder von den Patienten über Zuzahlungen? Das werden Sie uns hoffentlich irgendwann noch erzählen, vor der NRW-Wahl sicher nicht mehr,

(Ulrike Flach (FDP): Wir warten erst mal auf Ihre Bürgerversicherung!)

weil das dann doch zu viele abschrecken würde, einen gravierenden Fehler bei ihrer Wahlentscheidung zu machen. Das zeigt genau, wes Geistes Kind Sie sind. Sie wollen die Versicherten mehr belasten als bisher und die Arbeitgeber aus der Kostenverantwortung entlassen. Das wird mit uns nicht zu machen sein. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen werden am 9. Mai an der Wahlurne die Möglichkeit haben, darüber abzustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt, dem ich mich jetzt widmen will: Wir haben von Herrn Rösler die ganze Zeit nichts anderes gehört, als dass er die Kopfpauschale will.



(Lars Lindemann (FDP): Hat er nicht gesagt! - Ulrike Flach (FDP): Was hören Sie eigentlich?)

Es soll einen automatischen Sozialausgleich geben - kein Mensch weiß, wie das gehen soll. Außerdem hören wir, die Arzneimittelausgaben sollen jetzt begrenzt werden und der Pharmaindustrie gehe es an den Kragen.

(Ulrike Flach (FDP): Jetzt wird es bizarr!)

Wo sind denn die Vorschläge dazu? Ich habe bisher noch keinen Vorschlag auf dem Tisch dieses Hauses gesehen.

(Heinz Lanfermann (FDP): Er bespricht gar nicht alles mit Ihnen! Das ist das Problem!)

- Es ist sehr parlamentarisch, Herr Lanfermann, dass Sie es nicht für notwendig halten, das, was in Gesetzen geregelt werden soll, dem Bundestag zur Beratung vorzulegen.

(Heinz Lanfermann (FDP): Zur rechten Zeit, Frau Ferner! Bei den Vorplanungen wird die Opposition nicht so sehr einbezogen! Das ist durchaus in Ordnung so!)

Drittens will ich einen Blick auf die **Defizitentwicklung** werfen. Das Bundesversicherungsamt geht von bis zu 15 Milliarden Euro im nächsten Jahr aus. In Sachen Ausgabenbegrenzung geschieht nichts, zumindest bisher nicht.

(Johannes Singhammer (CDU/CSU): Warten Sie es mal ab!)

- Je länger Sie warten, umso schwieriger wird es. Das weiß eigentlich jeder, der sich in dem System auch nur ein bisschen auskennt. - Wenn man sich einmal anschaut, was diese 15 Milliarden Euro für die Mitglieder der GKV bedeuten, kommt man auf 24 Euro pro Monat und Kopf. Das kann man ja wollen; aber dann sagen Sie mir bitte, mit welcher Begründung die Sekretärin genauso 24 Euro bezahlen soll wie ihr Chef.

(Ewald Schurer (SPD): Ökonomischer Unsinn ist das!)

Weil sie ein niedrigeres Einkommen hat? Weil sie von einer Steuerentlastung, die Sie durchführen wollen - dann wieder nicht und dann wieder doch -, weniger profitiert als ihr Chef? Warum soll das eigentlich so geregelt werden? Ich frage mich, welches Verständnis von Solidarität Sie haben. Keines, muss ich feststellen. Das Schlimme ist, dass auch die Union sich davon verabschiedet hat.

(Beifall bei der SPD)



Jetzt möchte ich noch etwas zu den Vorwürfen von Herrn Spahn sagen. Wir haben nie den **Arbeitgeberbeitrag**

(Heinz Lanfermann (FDP): Na?)

einfrieren wollen. Nie! Das wissen Sie ganz genau.

(Heinz Lanfermann (FDP): Nur festsetzen! Nicht einfrieren!)

- Nein, schauen Sie mal in das Gesetz. Lesen bildet bekanntlich, Herr Kollege. Wir haben ihn nicht dauerhaft eingefroren.

(Heinz Lanfermann (FDP): Sie haben ihn per Gesetz festgesetzt! - Ulrike Flach (FDP): Das ist doch Ihr Gesetz gewesen!)

Sie wollten erst wieder an den Beitrag heran, wenn die Einnahmen des Fonds nur noch 90 Prozent der Ausgaben der GKV ausmachen. Wir haben gesagt, dass schon bei 98 Prozent eingegriffen werden muss. Das Ganze ist ein Kompromiss gewesen.

(Ulrike Flach (FDP): Sie haben es doch gemacht!)

Das wissen Sie genauso gut wie ich. Vor allen Dingen können Sie uns nicht vorwerfen, dass wir unsere Position durchsetzen wollen genauso wie Sie, die Sie schon immer das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages und eine Entsolidarisierung im Gesundheitswesen wollten.

(Ulrike Flach (FDP): So kann man sich die Welt schönreden!)

Der Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und uns ist folgender: Sie wollen die Versicherten alleine die zukünftig zusätzlichen Kosten tragen lassen. Wir wollen eine solidarische Finanzierung. Sie machen Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung, und wir machen Politik für die Mehrheit der Bevölkerung.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Die Wähler und Wählerinnen in Nordrhein-Westfalen werden das am 9. Mai entsprechend quittieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Ulrike Flach (FDP): Das glaube ich aber nicht, Frau Ferner! - Heinz Lanfermann (FDP): Traumtänzeri!)